

Herr Schell erläuterte den Antrag für die CDU-Fraktion. Es gehe seiner Fraktion nicht um die Erschließung einer neuen Einnahmequelle, sondern um die Erhöhung der Sicherheit im Stadtgebiet, insbesondere beim Fahren und Parken im Bereich von Schulen und Kindergärten. Die Erstellung eines Konzeptes solle kostenneutral erfolgen.

Herr Knülle wies für die SPD-Fraktion darauf hin, dass die Frage des Nichterreichens der im Haushalt veranschlagten Einnahmepositionen in den letzten Jahren immer wieder thematisiert wurde. Grundsätzlich unterstütze seine Fraktion den Antrag es sei denn, seitens der Verwaltung werde erläutert, es bedürfe keiner Konzeption bzw. eine solche liege bereits vor und allein aus personellen Gründen sei eine Umsetzung erschwert.

Für die Fraktion AUFBRUCH! begrüßte Herr Köhler die dem Antrag zu Grunde liegende Absicht. Er sei skeptisch, ob eine Einnahmeerhöhung durch konzeptionelle Maßnahmen im ruhenden Verkehr erreicht werden könne. Dies könne vielmehr durch gebührenpflichtiges Parken erzielt werden. Bei Einführung einer Parkraumbewirtschaftung im Zuge des HUMA-Neubaus sei dies für den Bereich des Zentrums ein Thema.

Herr Metz schloss sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Ausführungen von Herrn Köhler an. Eine Aufstockung der Personalkapazität sollte durch den Antrag jedoch nicht impliziert werden.

Herr Züll machte darauf aufmerksam, dass in Bereich der Ordnungsverwaltung entsprechende Stellen vorhanden sind, die aus verschiedenen Gründen in der Vergangenheit nicht durchgängig besetzt waren. Auch dies sei ursächlich dafür gewesen, dass die gesetzten Einnahmeziele nicht erreicht wurden. Die FDP-Fraktion spreche sich gegen eine städtische Parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet aus. Ferner solle nicht jeder kleinste Verstoß im Bereich des ruhenden Verkehrs zu einer gebührenpflichtigen Verwarnung führen.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass eine flächendeckende Überprüfung nicht möglich sei. Dies sei nur für ausgewählte Schwerpunkte umsetzbar. Anschließend erläuterte Herr Steinkamp den Status quo (Einsatz, Einsatzzeiten und Einsatzschwerpunkte der Ermittler und Verkehrsaufseher). In den Haushaltsjahren 2010 und 2011 konnten wegen Personalausfällen nur Einnahmen in einem Umfang von 72.493 € bzw. 75.373 € generiert werden. Im ersten Halbjahr 2012 seien bei vollem Personaleinsatz bereits Einnahmen in einem Umfang von 60.169 € erzielt worden. Wegen krankheitsbedingtem Personalausfall sei die Einnahmetendenz für das 2. Halbjahr 2012 jedoch rückläufig.

Herr Knülle sprach sich dafür aus, über Maßnahmen nachzudenken, die den krankheits-/urlaubsbedingten Personalausfall mindern könnten. Über die nicht bestehende Möglichkeit, andere, außerhalb der Verwaltung stehende Personen zur Erfüllung dieser hoheitlichen Aufgaben heranzuziehen, sei bereits in der Vergangenheit beraten worden.

Frau Bergmann-Gries wies auf geführte Diskussionen im Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration hin, die die verkehrlichen Probleme wegen

Falschparkens beim Einsatz von Rettungsfahrzeugen zum Inhalt hatten. Sie sprach sich dafür aus, dass über eine Rufbereitschaft ein Mitarbeiter der Ordnungsverwaltung ständig erreichbar sein müsse, damit auf derartige Probleme umgehend reagiert werden könne.

Herr Schell hielt ergänzend die Durchführung von Schwerpunktaktionen, beispielsweise im Bereich von Schulen und Kindergärten für sinnvoll. Solche Aktionen müssten im Vorfeld nicht öffentlich erörtert werden. Nach Auffassung von Herrn Metz sollten hierbei die Schulen, Kindergärten, Elternschaft und die Polizei einbezogen werden.

Der Bürgermeister teilte mit, dass Kontakte zu den von Herrn Metz angesprochenen Bereichen bestünden. Auch das Jugendamt sei hier eingebunden.

Herr Köhler erachtete das von Herrn Steinkamp vorgetragene Konzept als hervorragend, so dass eine Beschlussfassung über den Antrag nicht mehr erforderlich sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen. Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss.